

Manfred Haimbuchner im NFZ-Interview: „Der U-Ausschuß hat Verquickungen mit zweifelhaften Waffenlobbys offengelegt!“

NFZ: Herr Mag. Dr. Haimbuchner, der Eurofighter-U-Ausschuß ist zu Ende und 15 Eurofighter sollen nun in Österreich landen. Wie paßt das zusammen?

Haimbuchner: „Verteidigungsminister Darabos hat entgegen dem im Parlament mit den Stimmen von SPÖ, Grüne und FPÖ mehrheitlich angenommenen Entschließungsantrag vom 30. Oktober 2006 eigenmächtig Verhandlungen mit der Eurofighter GmbH geführt und einen Vergleich abgeschlossen, welcher dem Parlament noch nicht vorliegt. Warum Darabos nicht das Ergebnis des Untersuchungsausschusses abgewartet hat, ist rational nicht nachvollziehbar. Offensichtlich wollte er das Ergebnis des Untersuchungsausschusses gar nicht abwarten. Mit dem vorliegenden Rechtsgutachten der Universitätsprofessoren Aicher, Mayer und Kletecka hätte Darabos eine sehr starke Verhandlungsposition für echte Vergleichsverhandlungen zugunsten der Republik Österreich gehabt.“

NFZ: Was für ein Ergebnis hätten Sie sich gewünscht?

Haimbuchner: „Ich hätte mir in erster Linie gewünscht, daß Darabos die Interessen der Republik Österreich und die Erfordernisse einer effizienten Luftraumüberwachung vertritt. Die kolportierte Lösung mit 15 Stück Luftraumüberwachungsflugzeugen ist ein absolut fauler Kompromiß, der jedenfalls von mir mit parlamentarischen Mitteln weiter untersucht wird. Mit 15 Abfangjägern kann die Luftraumüberwachung 365 Tage im Jahr und 24 Stunden am Tag nicht sichergestellt werden! Ich persönlich wäre schon zufrieden gewesen, wenn Darabos in den Vergleichsverhandlungen erreicht hätte, daß die Eurofighter GmbH 18 Stück Eurofighter zu einem deutlich reduzierten Kaufpreis – ich denke an eine Reduzierung um einige 100 Mio. Euro – liefert. Der derzeit kolportierte Ver-



NAbg. Manfred Haimbuchner war für die FPÖ Mitglied im Eurofighter-U-Ausschuß.

gleich, den Darabos abgeschlossen haben soll, sieht eine Reduzierung des Kaufpreises bei Minimierung der Leistungen der Eurofighter GmbH vor. Österreich erhält weniger und schlechter ausgestattete Abfangjäger. Wer das als Erfolg hinstellt, kann sich gleich Münchenhausen nennen!“

NFZ: Inwieweit war der U-Ausschuß erfolgreich? Wurde der Auftrag erfüllt?

Haimbuchner: „Der U-Ausschuß war meines Erachtens äußerst erfolgreich. Er hat die Verquickung von Entscheidungsträgern des österreichischen Bundesheeres mit zweifelhaften Waffenlobbyisten offengelegt. Insbesondere wurde am Beispiel Airchief Wolf deutlich, daß die heeresinterne Kontrolle überhaupt nicht funktioniert und der Begriff Interessenkollision für das Heer offensichtlich nicht existiert. Die Zustände, welche teilweise im Bundesheer herrschen, stimmen mich als Freund des Heeres und seiner Angehörigen nachdenklich. Besonders wichtig erscheint mir, daß die ganze Geschichte mit den Gegengeschäften eine einzige Luftblase ist. Die ÖVP tut ja gerade so, als würde die österreichische Wirtschaft nur von Rüstungsgegengeschäften leben. Das ist in Wirklichkeit ein Schlag in das Gesicht unserer erfolgreichen Wirtschaft, die auf Kompensationsgeschäfte gar nicht angewiesen ist, sondern aufgrund innovativer Ideen ihren Mann am internationalen Markt stellt.“

NFZ: Glauben Sie, daß der U-Ausschuß wie in Deutschland zu einem Minderheitenrecht werden kann?

Haimbuchner: „Die SPÖ hat ihr Versprechen, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses als parlamentarischer Minderheitenrecht festzusetzen, offensichtlich schon wieder vergessen. Nachdem die SPÖ derzeit unter der politischen Sachwalterschaft der ÖVP steht, bezweifle ich, daß der U-Ausschuß zu einem echten parlamentarischen Minderheitenrecht wird. Auf der anderen Seite gebe ich zu bedenken, daß dieses parlamentarische Mittel nicht zu einem billigen parteipolitischen Instrument für Selbstdarsteller oder selbst ernannte Aufdecker werden soll. Darüber hinaus müssen in der Geschäftsordnung Maßnahmen getroffen werden, daß der U-Ausschuß tatsächlich auch arbeiten kann, wenn er im Parlament über keine Mehrheit verfügt, da ansonsten eine Mehrheit – im Regelfall die Regierungsparteien – die Arbeit eines U-Ausschusses vollkommen torpedieren könnte. Es darf auch nicht vergessen werden, daß ein U-Ausschuß für die Abgeordneten und insbesondere für die parlamentarischen Klubs eine enorme Anstrengung bedeutet. Großparteien können einen derartigen Ausschuß viel leichter betreuen als kleinere Oppositionsparteien.“

NFZ: Danke für das Gespräch. Die Fragen stellte Robert Lizar

Österreich hat die höchste Kfz-Steuer Europas



„Österreich hat die höchste Kfz-Steuer Europas und eine fünfmal höhere Mautbelastung als die Bundesrepublik Deutschland“, kritisierte der freiheitliche Nationalratsabgeordnete Bernhard Themessl. „Der scharfe Wettbewerb und die verfehlte Politik von Rot und Schwarz tun ihr übriges dazu, daß die österreichischen Transportunternehmen weiter geschwächt werden, immer mehr Insolvenzen auftreten – allein im Zeitraum 2002 bis 2005 um knapp 60% anstiegen – und das Ausfliegen heimischer LKW-Flotten immer massiver wird.“

Er fordert, daß die Kfz-Steuer nicht halbiert wird, sondern als Minimalforderung auf ein europäisches Mittelmaß von rd. 900 Euro/Jahr gesenkt wird. „Für moderne und schadstoffarme LKWs soll die Kfz-Steuer überhaupt abgeschafft werden.“ Dies würde dazu führen, daß ein Teil der ausgeflaggten Fahrzeuge wieder zurück nach Österreich geholt werden könnte und darüber hinaus anreizend für die heimische Transportwirtschaft wäre, in neue Fuhrparks zu investieren.

